

LernHandlungsräume für eine nachhaltige Gesellschaft

Der folgende Beitrag stellt Forschungsergebnisse des Teilprojekts „LernHandlungsräume“ vor, die im Verbundprojekt „Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung“ in der Untersuchungsregion „Mulde-Mündung“ rund um Dessau von 2003 bis 2006 entstanden. Das Projekt war Teil der sozialökologischen Forschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Ein interdisziplinär zusammengesetztes Forscherinnenteam deckte in Zusammenarbeit mit zahlreichen Menschen der Region Blockaden und Potenziale für eine nachhaltige Regionalentwicklung in den Praxisfeldern Arbeit, Wasserver- und -entsorgung, Bildung, Landschaftsnutzung sowie Hochwasserschutz auf.¹ In diesem Beitrag geht es um die unterschätzte Rolle von Alltagswissen und Alltagshandeln für die Bewältigung von Umbrüchen, die mit der De-Industrialisierung in der Region nötig wurden. Es wird gezeigt, welche Potenziale in den alltäglichen Praktiken der Menschen für die politische Gestaltung einer nachhaltigen Regionalentwicklung vorhanden sind.

Regionales Lebensgefühl und Beharrungskräfte im Bildungssektor

Nach dem Zusammenbruch industrieller Strukturen seit den 1990er Jahren wurden Erwartungen an eine neue „industrielle Blüte“ nicht erfüllt. In einer Datenerhebung 2002 zur regionalen Zufriedenheit landete Dessau auf dem letzten Platz der erfassten 97 Regionen Deutschlands. Dieses Grundgefühl fanden wir auch bei unseren Gesprächspartnern/innen. Als entscheidende Entwicklungen werden Schrumpfung, Deregulierung und Polarisierung wahrgenommen. So wird z. B. die Frage nach dem eigenen „Dasein“ in der Region von gebürtigen Ostdeutschen häufig als Frage nach dem „Noch-Hier-Sein“ interpretiert und verteidigend beantwortet. „... *ich sträube mich immer, meinen ganzen Freundeskreis zu verlassen. [...] Also, ich bin glücklich hier in der Region. Es ist natürlich manchmal wirklich sehr schwierig, hier Arbeit zu finden. [...] Ich meine, das dem Arbeitsamt zu erklären, ist immer schwierig, weil die wollen ja, dass man wegzieht. Dass man der Arbeit hinter her zieht. [...] Aber man hofft ja immer noch drauf, dass es irgendwann mal anders wird*“.²

Die jugendlichen Gesprächspartner/innen benennen ihre familiäre, beziehungsorientierte und regionale Verbundenheit ausdrücklich, insbesondere zu öffentlichen Institutionen und Traditionen wie Biosphärenreservat, Gartenreich, Bauhaus, Theater oder zur „alternativen und ökologische Szene“. Die eigenen Zukunftspläne sind weniger vom Wunsch, weggehen zu wollen, als vom (Ein-)Druck, weggehen zu müssen, geprägt. Vor allem Eltern mit höheren Bildungsabschlüssen raten ihrem Nachwuchs zu gehen. „*Wer dumm ist, muss bleiben*“, mit diesem

¹ Forschungsverbund „Blockierter Wandel?“ (Hrsg.) 2007: Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung. oekom verlag, München; www.blockierter-wandel.de

² Alle kursiv gestellten Textstellen entstammen Interviews des Teilprojekts „LernHandlungsräume“.

populären Spruch wachsen Kinder und Jugendliche auf. *„Und die, die wirklich Interesse haben, auch was zu tun, gehen ja meistens weg, weil regional überhaupt keine Möglichkeiten für Arbeit ist, und die müssen sich ja auch absichern,[...]. Und deshalb gehen die weg. Die guten kompetenten Leute. Muss ich wirklich so sagen“.*

Die Ungewissheit des Lebens wird verstärkt durch einen Alltag, der nicht mehr über Anforderungen industrieller Strukturen (z. B. eindeutige Orte, festgelegte Zeiten, klare Arbeitsteilung) geregelt ist. „Bildungsschleifen“ in immer neuen Qualifizierungen legen nahe, dass Lernen keine neuen Chancen eröffnet bzw. keine Sicherheiten für die Teilnahme und Teilhabe an gesellschaftlichem Leben bedeutet. Traditionelle Bildungsträger, ehemals wichtige Zulieferer und Qualifizierer einer industrie-, markt- und privatwirtschaftlich orientierten Gesellschaft, offerieren zumeist weiter Umschulungen, Zusatzqualifikationen, Auffrischung beruflicher Grundkenntnisse für geförderte Berufe und Bewerbungstrainings - kurz: Ausbildung für Erwerbstätigkeiten, die es in der Region nur noch wenig und nicht mehr für alle gibt. Konnte dies einige Jahre als „Anpassungsbildung“ im Sinne einer „nachholenden Modernisierung“ an westliche Standards verkauft werden, gehört heute die Erfahrung von keiner oder nur geringer Anschlussfähigkeit zum alltäglichen Erleben vieler Menschen der Region.

Das Warten auf eine industrielle Entwicklung, die auch in den meisten wissenschaftlichen Bestandsaufnahmen weiter den Maßstab des Zustands der Region bildet, verstärkt das Warten auf *„richtige Arbeit“* und liegt wie ein *„industrieller Jetlag“* über Zukunftsplanungen im politischen wie persönlichen Handeln. Verbunden ist dies mit Klagen über mangelnde Kompetenzen der Menschen der Region. Sie werden oft als unsicher, unselbständig, eigensinnig und wenig anpassungsfähig beschrieben.

Erscheinungsformen des Neuen

Entgegen diesen Klagen zeigen die Erzählungen unserer Gesprächspartner/innen, dass diese Potenziale durchaus vorhanden sind. Ausgefüllt bis an den Rand ihrer Zeit mit wechselnd begrenzten Arbeitsverhältnissen, Ein-Euro-Jobs, Projekten, ehrenamtlicher Arbeit in Vereinen, Institutionen, Kultur, sozialem Engagement, Nachbarschaftshilfe, Selbstversorgung etc., werden die in diesen Tätigkeiten erworbenen Kompetenzen als problemlösendes Wissen generativ unterschiedlich bewertet. Die Älteren beschreiben ihre Fähigkeiten als selten passende, nicht wirklich gefragte und damit individualisierte Kompetenzen, die allenfalls für die private Lebensbewältigung nützlich sind. Jugendliche sehen in diesen wechselnden Verhältnissen Möglichkeiten, *„sich auszuprobieren“* und *„Erfahrungen zu sammeln“*, mit Optionen, irgendwann mit *„richtiger Arbeit“* etwas *„selbst gestalten zu können“*; *„reich zu werden“* und dann *„mit den eigenen Waffen zurückschlagen“* zu können.

Diese vielfältigen alltäglichen sozialen Praktiken gestalten das Bild der Region. Zwar haben ehemals vorhandene und öffentlich sichtbare Handlungsräume ihre

strukturierende Wirkung auf die gesellschaftliche Gestaltung verloren, doch das mit ihnen verbundene Wissen der Bürger/innen wird durchaus in neuen Handlungsräumen angewandt. Mangels neuer öffentlich anerkannter Räume werden diese Prozesse jedoch zur persönlichen und individualisierten Angelegenheit der privaten Lebensgestaltung. Diese Wissensbestände werden je nach Situation neu kombiniert. Sie sind weder eindeutig noch einfach vermittelbar und zeichnen sich durch problemlösende, erfahrungsgebundene, emotionale und vorläufige Ergebnisse aus. Wegen dieser relativen Offenheit erscheinen die Handlungen und Wissensbestände für eine struktur- und sicherheitsversprechende politische Gestaltung wenig verallgemeinerbar, unsicher, unbeherrschbar und damit wertlos. Öffentliche Politikgestaltung und private Lebensgestaltung werden durch hierarchische Bewertung getrennt, Akteure werden wichtig oder unwichtig, machtvoll oder ohnmächtig. Zudem wird in der gängigen Auffassung von Lernen das in der Wissenschaft und institutionalisierten Bildung verobjektivierte Wissen vor und über das „richtige“ Handeln gestellt und damit andere Wissensarten marginalisiert und abgewertet.

Ohne öffentliche Anerkennung vertrauen die Menschen der Region jedoch selten auf die politische Macht ihrer eigenen Handlungsfähigkeit, obwohl sie im Alltagsleben soziale Normen und Werte (re)produzieren und damit „tatsächlich“ politisch gestaltend wirken und auch an der Herstellung gesellschaftlicher Naturverhältnisse grundsätzlich beteiligt sind. Die Übernahme von Verantwortung scheint jedoch durch „Sachzwänge“ behindert, so dass die Beteiligung vieler Bürger/innen als solche nicht bewusst wahrgenommen oder für irrelevant gehalten wird.

Verborgenes sichtbar machen

Gemeinsam mit einigen Praxispartner/innen³ gestaltete das Forschungsprojekt in der Stadtmitte Dessaus für zehn Tage einen Raum, in dem private Erfahrungen öffentlich und damit sichtbar gemacht werden konnten.⁴ „... und plötzlich bist Du dabei!“, unter diesem Motto wurden die Ausstellungsbesucher/innen aufgefordert, ihre „privaten“ Aktivitäten darzustellen. Nicht selten war die erste Reaktion darauf: „Aber was ich tue, ist doch nichts Besonderes“. Darüber entstanden Gespräche, Verknüpfungen wurden hergestellt und Bedeutungen wurden sichtbar.

³ Deutsche Umwelthilfe e.V. (DHU) – Projekt Lebendige Elbe (www.dhu.de); Förder- und Landschaftspflegeverein Biosphärenreservat „Mittlere Elbe“ e.V. (FÖLV) (www.mittlereelbe-foerdereverein.de); Frauen helfen Frauen e.V. Wolfen (www.Frauenzentrum-Wolfen.de); Initiative Dessau – Arbeit für Anhalt e.V. und Anhalt Dessau AG (www.ini-dessau.de/www.dessau-ag.de); Kolleg für Management und Gestaltung nachhaltiger Entwicklung gGmbH _ Agora des Lernens – Dessau-Anhalt-Wittenberg (www.agora-des-lernens.de); Multikulturelles Zentrum Dessau e.V., Gärten als Lernorte, Agora des Lernens - Dessau-Anhalt-Wittenberg

⁴ „Sobald wir anfangen, von Dingen auch nur zu sprechen, deren Erfahrungsort im Privaten und Intimen liegt, stellen wir sie heraus in einen Bereich, in dem sie eine Wirklichkeit erhalten, die sie ungeachtet der Intensität, mit der sie uns getroffen haben mögen, vorher nie erreicht haben. Die Gegenwart anderer, die sehen, was wir sehen, und hören, was wir hören, versichert uns der Realität der Welt und unser selbst“ (Hannah Arendt: Vita activa oder Vom tätigen Leben, 1996, S. 63).

Öffentlich ausgesprochen werden Alltagshandeln und Alltagspraktiken als wertvolle Tätigkeiten und aktive Beteiligungen an gesellschaftlichen Verhältnissen für die Menschen der Region erkennbar. Alltägliche und biografische Erfahrungen, die in vielfältiger Weise in Motiven, Gefühlen, Verbundenheit und persönlicher Verantwortung für eine nachhaltige Regionalentwicklung vorhanden sind, können als bedeutsam wahrgenommen werden. Bedürfnisse und Wünsche für das eigene Leben und gemeinschaftliches Handeln und Lernen waren wesentlich folgende Punkte:

- eine Existenzsicherung, bei der Gelderwerb notwendig, aber nicht hinreichend für die Sicherung eines guten Lebens ist;
- nicht weggehen zu *müssen*, sondern weg gehen oder bleiben zu *dürfen* als anerkannte(r) Teilnehmer(in) und Mitgestalter(in) des eigenen und damit des gemeinsamen Lebens;
- die Wertschätzung von Bindungen, Verbundenheit und Verantwortlichkeiten für Zeiten, Orte und Menschen;
- Schrumpfung als Chance der Entschleunigung und Veränderung zu begreifen, die nachhaltig gestaltet werden kann;
- die Eigentätigkeit und den Eigensinn der Menschen als Motor für die notwendigen Veränderungen zu begreifen;
- alte und neue Orte des gegenseitigen Austausches, der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung auszubilden;
- gemeinsam neue Werte zu finden, indem z. B. der Frage nachgegangen wird: „Wie kommen die Zwänge in die Sachen?“

Das folgende Beispiel eines neuen LernHandlungsraums soll zeigen, wie durch zunächst experimentierendes, unsicher tastendes, eigenmotiviertes und gemeinsames Handeln Lernprozesse angestoßen werden.

LernHandlungsraum Streuobstwiesenbewirtschaftung

Anlässlich eines Workshops tauschten sich achtzehn Akteure der Region über ihre Interessen und Ressourcen an einem möglichen gemeinsamen Projekt „Obstgenossenschaft“ aus. Streuobstwiesen, die bisher ohne wirtschaftliche Nutzung durch das Umweltamt und einen Förderverein gepflegt werden, sollen einer neuen Bewirtschaftungsform zugeführt werden. Mitglieder der zuständigen Behörde, Mitglieder der bislang zuständigen Vereine und bereits Erfahrene in der Streuobstwiesenbewirtschaftung und -vermarktung brachten ihre Sichtweisen ein: es ging um naturschutzpolitische Verantwortlichkeit, die Verstetigung und Ausweitung der Pflege und Nutzung aus ökologischer Sicht, die Effizienz des finanziellen und personalen Aufwands. Es wurden persönliche Interessen an ehrenamtlicher (Mit-) Gestaltung und am Erfahrungsaustausch geäußert und eine gegenseitige Unterstützung privater Betreiber von Streuobstwiesen sowie Zeit und Mitarbeit angeboten. Dabei wurden spezifische Kenntnisse und berufliche Fertigkeiten sichtbar.

Diese komplexe Situation warf viele Fragen auf: Wie können diese vielfältigen Potenziale zu Synergien werden, so dass alle vorhandenen Kräfte berücksichtigt und entsprechende „Beteiligungsräume“ geschaffen werden? Welche Rechtsform müssen Beteiligungsräume haben, die das (markt-)wirtschaftliche Handeln ermöglichen, dem öffentlichen Interesse entsprechend offen sind und Außenwirkungen (z. B. Ausbildung, Umweltbildung, Tourismus) zulassen? Wie wird die Akzeptanz der Bevölkerung für diese existenzsichernde Bewirtschaftung in der prinzipiell offenen Form der Streuobstwiesen erreicht, so dass Vandalismus und unberechtigte „Obstmitnahme“ eingeschränkt oder gar verhindert werden? Das waren nur einige Fragen in der Diskussion. Beschlossen wurde ein erweiterter Erfahrungsaustausch und die Sammlung weiterer Fakten, um Möglichkeiten und Risiken einer solchen gemeinsamen Unternehmung einschätzbar zu machen.

In diesem Prozess setzten sich die Akteure mit bestehenden Regelungen, Vorschriften, Strukturen und Gegebenheiten auseinander. Auf der Suche nach ihrem eigenen „richtigen“ Weg wird an überlieferte und neue Praktiken angeknüpft, Brauchbares wieder belebt und den neuen Gegebenheiten angepasst, manches verworfen und neue Zusammenhänge werden geschaffen.

Vom „Warten“ auf die Politik zur politischen Gestaltung

In dieser Zusammenarbeit werden die bisher im Privaten verborgenen Handlungsräume neu bewertet und die Akteure beginnen, ihre alltäglichen Handlungen und ihr Alltags-Wissen als Teil des gesellschaftlichen und ökologischen Beziehungsgeflechts zu begreifen und dafür Verantwortung zu übernehmen. Die damit verbundene Reflexion macht die Verbindung des Eigensinns mit dem Gemeinwohl ebenso erkennbar wie die Verbindung von „Sachzwängen“ und eigenen Entscheidungsmöglichkeiten. Hier liegt der Schlüssel für das „Aktiv-gestalten“ statt „Passiv-erleiden“.

Denn auch von den regionalen Akteuren wird wahrgenommen, dass in der politischen regionalen Praxis soziale Praktiken, die außerhalb der festgelegten Politikfelder und damit verbundenen formalen Partizipationsverfahren liegen, bestenfalls als Modell-Projekte berücksichtigt werden, die allenfalls beratenden Charakter haben (Runde Tische, Agenda- Prozesse etc.) und ohne Entscheidungskompetenzen sind. Alle Verfahren haben ihre Grenzen in einem postulierten „Allgemeinwohl“, das partial und situativ nicht verhandelbar ist, weil es durch politische Machtverhältnisse bestimmt wird. Damit wird das Interesse der Bürger/innen an partiellen Aushandlungen über sie unmittelbar und mittelbar betreffende „Eigen“ - Anliegen in der Regel als „Störung“ und nicht als Partizipation wahrgenommen. Beteiligungswünsche und Beteiligungsvermögen der Bürger/innen können sich deshalb nur im „Gegeneinander“ und nicht im „Miteinander“ regionaler Gestaltung äußern. Die damit verbundenen persönlichen alltäglichen Beteiligungsmöglichkeiten, Leistungen und Kompetenzen werden als politische Gestaltungsressourcen untergraben und die Bürger/innen wieder zurück auf formale Entscheidungswege (Wahlen, Volksentscheide etc.) verwiesen. Die in der Region vorhandenen nachhaltigen Entwicklungen werden so „übersehen“ und finden nur

schwer Eingang in die offizielle Politik. Für die Bürger/innen bleibt das Gefühl der „Ohnmacht“, die politische Beteiligung an offiziellen Verfahren „schrumpft“. Wenn die sozialen Alltagspraktiken als Orte der Veränderung politisch aufgewertet werden, kann jedoch gezeigt werden, dass das persönliche Handeln Gestaltungsmacht besitzt, weil es politische Bedingungen bestätigt, unterminiert oder neu gestaltet, in *LernHandlungsräumen* wie dem beschriebenen, und zahlreichen anderen der Region. Herkömmlich erscheinen solche Lernprozesse wegen ihrer Kontextgebundenheit und der Abhängigkeit in persönlichen Handlungsformen als „zufällige“, wenig verallgemeinerbare Akte.

In solch neuen Netzwerken und Arbeitszusammenhängen wird jedoch der Umbruch bewältigt und entstehen Regeln der Gegenseitigkeit und Zusammenarbeit. Akteure bilden experimentelle Räume und demokratische Formen der Selbstorganisation, in denen nicht nur über die Mittelvergabe gemeinsam entschieden wird, sondern Mischformen von Arbeit und Einkommen sichtbar werden. Ehemals als privat angesehene Anliegen werden im öffentlichen Raum verhandelt: Wenn Menschen mit dem, was sie tun, wie sie leben und arbeiten, das mitgestalten, was ist, dann ist ihre Alltagspraxis der Ort, wofür sie Verantwortung übernehmen können. Dies macht das Individuelle, Private politisch. Dadurch können auch sorgende und pflegende Tätigkeiten, die der Erhaltung „natürlicher“ Lebensgrundlagen (des Menschen und der Umwelt) dienen, als produktiver Beitrag im regionalen Wertschöpfungsprozess neu bewertet werden. Solche Aushandlungsprozesse sind zur alltäglichen Notwendigkeit individueller sowie gemeinschaftlicher Existenzsicherung geworden. Neuartige öffentliche Verständigungsdebatten und neue Aushandlungsräume waren und sind als „Projekte“ stets gefährdet durch die Vereinnahmung in oder Vernachlässigung durch hegemoniale Politikprozesse. Dennoch bilden sie für die regionalen Akteure Räume, in denen zukunftsrelevante Kompetenzen angeeignet werden. Sie erlernen und nutzen den Umgang mit unsicheren, offenen Situationen, die Durchlässigkeit von Rollenmustern und die Integration vielfältiger Wissenspraktiken in problemorientierten, experimentellen Unternehmungen.

Maria Behrendt ist freiberufliche Dipl.-Pädagogin der Erwachsenenbildung in Bremen und hat langjährige Erfahrungen in Konzeption und Durchführung von politischer und beruflicher Erwachsenenbildung mit den Schwerpunkten Kompetenzbildung, Mediennutzung, Krise der Arbeitsgesellschaft, PR und Öffentlichkeitsarbeit.

Kontakt:

Maria Behrendt, mariabehrendt@gmx.de